



Sind das antiislamische Waffen?

In der arabischen Welt ist der Druck auf Frauen seit den siebziger Jahren gewachsen. Sie haben sich an Regeln zu halten, die zuvor freimütig ignoriert wurden. Seite 23

Fotos: 123rf

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Sonnabend/Sonntag, 30./31. Januar 2016

71. Jahrgang/Nr. 25 Berlinausgabe 2,30 € www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Am Scheideweg

Velten Schäfer über die absurde Logik in der Flüchtlingspolitik

Deutschland hat Angst vor den berühmten »arabischen jungen Männern« – und schraubt doch daran, möglichst vielen von diesen den Nachzug der Familie zu untersagen. Deutschland fürchtet »Integrationsprobleme« – und hegt die Absicht, die Neubewohner gerade dahin zu schicken, wo schon Einheimische alles andere als »integriert« sind, weil es wenig Perspektive gibt.

Ja: Es bleibt – im Vergleich zu jenen Staaten, die stets ganz vorn sind, wenn es um Einmischung und Bomben geht – im Grundsatz mutig, nicht einfach dichtzumachen, wenn das Resultat dieser Politik an die Tür klopft. Das darf betont werden, auch wenn das Asylrecht – noch – ein Grundrecht ist und die Aufnahme von Flüchtlingen kein Almosen.

Und nein: So wie zuletzt kann diese Politik nicht betrieben werden. Zusehends wird sie sachfremd bestimmt: von bayerischen Stammtischen, von der Angst vor der AfD und der eigenen Courage, von Dynamiken der Profilierung, die aus Positionskämpfen resultieren – und in den nächsten Wochen von Wahlkämpfen in einem wichtigen und zwei weiteren Bundesländern.

Es war nicht zu erwarten, dass eine so große Aufgabe leichtfallen würde. Sicher aber kann man sein, dass sie scheitert, wenn sie nicht um ihrer selbst Willen betrieben und insofern fehlgesteuert wird. Ein Vorhaben dieser Größenordnung muss geradlinig und jenseits von Stimmungsschwankungen umgesetzt werden. Noch ist die »Flüchtlingskrise« auch eine Chance, innen- wie außenpolitisch. Doch der Scheideweg rückt immer näher.

UNTEN LINKS

Das Plakat zum **Oktoberfest** ist ausgewählt: Bier, Brezn und Lebkuchenherz vor einem rosa Riesenrad. Hinter der erfreulichen Mitteilung verblissen die bedrückenden Meldungen für einen Moment, die atemlos auf uns einströmen. Etwa jene Geschichte einer Frau, die sich stundenlang ein dringendes Bedürfnis versagen musste, weil die Zugtoilette verschlossen war. Ihr Leidensweg von Koblenz nach Trier, der in einer Pfütze endete, verdiente es, in Erinnerung gehalten zu werden. Als Mahnung an die Bahn, Martyrien dieser Art vorzubeugen und damit die Zahl der schlechten Nachrichten zu mindern. Gut geeignet wären entlang der Strecke einige der Wiesn-Plakate. Dringende Bedürfnisse sind auch auf dem Oktoberfest keine Seltenheit, doch es ist dem fröhlichen Wesen der Veranstaltung geschuldet, dass Pfützen aus Urin die Stimmung so wenig trüben wie die aus Bier oder Blut. Irgendwohin muss er schließlich, der Druck. Und geht uns bloß weg mit irgendwelchen Obergrenzen! *uka*

Der amerikanische Sozialist

Demokrat Bernie Sanders mischt den Vorwahlkampf in den USA auf: mit links



Illustration: Emily Beaman

Berlin. Es gibt zwei äußere Merkmale von Bernies Sanders, die im wahrsten Sinne des Wortes hervorstechen: sein rechter Zeigefinger, mit dem der linke Demokrat bei seinen Wahlkampfauftritten Argumente zu unterstreichen pflegt. Und die Frisur: Wenn der 74-jährige Sozialist in Fahrt kommt, stehen ihm schon einmal die weißen Haare zu Berge.

Einen ähnlichen Effekt im symbolischen Sinne hat der Wahlkampf des Senators aus Vermont im Parteiestablishment der US-Demokraten. Zwar hat die Ex-Außenministerin Hillary Clinton zweifellos eine Favoritenrolle inne, sie führt landesweit in Umfragen – aber in

Iowa, wo am Montag der US-Vorwahlkampf beginnt, wird es enger. Die Quinnipiac University sieht Sanders wenige Prozentpunkte vor Clinton, bei den Demoskopen von Marist Poll ist es umgekehrt. Und in New Hampshire, wo die zweite Runde der Vorauswahlung läuft, sehen die Meinungsforscher den beliebten Linken sogar viel deutlicher in Führung – in einer aktuellen Umfrage liegt Sanders mit 57 Prozent weit vor Clinton, die nur auf 38 Prozent taxiert wird. Der dritte Demokrat im Rennen, Martin O'Malley, ist chancenlos.

Sanders hat einen Punkt getroffen, sonst wäre seine von keinen Großspendern oder

Konzernen unterstützte Kampagne nicht so erfolgreich: Sanders steht für demokratische Klassenpolitik, pocht auf Umverteilung – sein Thema ist die grassierende soziale Ungleichheit, daran will er etwas ändern. Der amtierende Präsident Barack Obama hat das mit den Worten indirekt kritisiert, im Weißen Haus habe man nicht den »Luxus, den Fokus nur auf eine Sache zu legen«.

Eine Sache? Als ob es nicht eine der ganz entscheidenden wäre. Alles über Sanders und den rassistischen Rechtsaußen Donald Trump, der bei den US-Republikanern führt, gibt es im Wochen-nd. *tos* **Seiten 17 bis 20**

Nach dem Asylpaket ist vor dem Asylpaket

Koalitionseinigung könnte rote Linie von SPD-Parteitag verletzen / Seehofer »noch längst nicht am Ziel«

Die Regierungskoalition hat sich auf Verschärfungen beim Asylrecht verständigt. Doch innerhalb der SPD gibt es auch Kritik. Die CSU ist dagegen zufrieden und will zugleich mehr.

Von Velten Schäfer

Was die Koalitionsparteichefs am Donnerstag beschlossen und am Freitag bekannt gegeben haben, ist nicht das Ende der Verschärfungen beim Asylrecht. Laut Innenministerium wird ein drittes »Asylpaket« vorbereitet. Es soll auch Wohnortzuweisungen für anerkannte Flüchtlinge enthalten. Das stößt schon jetzt auf Kritik: »Flüchtlinge zu zwingen, ihr neues Leben genau dort zu beginnen, wo Einheimische wegen mangelnder Zukunftschancen abwandern, ist integrationspolitisch geradezu absurd«, so Günter Burkhardt von Pro Asyl. Doch zuvor muss das »Asylpaket II« Gesetz werden. Die Regie-

rung will die nun zwischen den Parteichefs vereinbarten Verschärfungen bereits in der kommenden Woche in den Bundestag einbringen und noch im Februar verabschiedet sehen.

Auch das nun Beschlossene geht über den »Asylkompromiss« vom November möglicherweise hinaus. Damals war vereinbart worden, bei etwa 1800 Flüchtlingen mit »subsidiärem Schutz« den Familiennachzug für zwei Jahre auszusetzen. Im Dezember hatte der SPD-Parteitag dies unter ausdrücklicher Nennung der Zahl bekräftigt.

Nun könnten aber doch mehr Personen betroffen sein. Zuletzt fiel fast ein Fünftel der Flüchtlinge aus Syrien unter »subsidiären Schutz«. Es könnten allerdings Kontingente für die Einreise von syrischen Flüchtlingen festgelegt werden, die derzeit in der Türkei, Jordanien oder Libanon in Lagern leben. Dabei könnten Familienangehörige von bereits eingereis-

ten bevorzugt werden. Genauere Pläne hierzu gibt es noch nicht.

Matthias Miersch, Sprecher der SPD-Parteilinken im Bundestag, ist daher skeptisch: »Beim Fami-

»Die einzigen, die vom Ergebnis profitieren, sind Horst Seehofer und die Schlepperindustrie.«

Katja Kipping, LINKE

liennachzug ist das Kleingedruckte wichtig«, sagte er der dpa. Man müsse »vor dem Hintergrund der Beschlusslage der SPD genau prüfen, wie viele Menschen betroffen sind«.

LINKE-Parteivorsitzende Katja Kipping sprach von einem »mie-sen Kompromiss« und erklärte: »Die einzigen, die vom Ergebnis des gestrigen Abends profitieren,

sind Horst Seehofer und die Schlepperindustrie.«

Die flüchtlingspolitische Sprecherin der Grünenfraktion, Luise Amtsberg, sprach von einer Zusatzbelastung für das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. »Statt notwendige Schritte für die Verkürzung der Asylverfahren und für die Integration auf den Weg zu bringen, arbeitet sich die Koalition weiter an den Rechten von Schutzsuchenden ab.«

CSU-Chef Horst Seehofer sagte, er sei »hochzufrieden«. Es sei aber auch klar, dass man »noch längst nicht am Ziel« sei.

Ferner werden Algerien, Tunesien und Marokko als sichere Herkunftsländer eingestuft. Beschlossen sind auch Aufnahmезentren mit Schnellverfahren für Flüchtlinge aus solchen Staaten, Aufweichungen des Abschiebeschutzes bei Krankheit und eine von den Flüchtlingen aufzubringende Gebühr von zehn Euro für Integrationskurse. **Seite 5**

Handgranate auf Flüchtlingsheim

Sprengkörper explodierte nicht

Tuttlingen. Unbekannte haben auf eine Flüchtlingsunterkunft in Villingen-Schwenningen (Baden-Württemberg) eine Handgranate geworfen. Die Granate war mit Sprengstoff gefüllt, explodierte aber nicht, wie die Polizei mitteilte. Bei dem Anschlag in der Nacht zum Freitag wurde niemand verletzt, es entstand auch kein Sachschaden. Rund 20 Bewohner der Flüchtlingsunterkunft mussten kurzzeitig ihre Wohnungen verlassen, konnten aber schon in den frühen Morgenstunden wieder zurückkehren. In der Flüchtlingsunterkunft, einer ehemaligen Kaserne, sind insgesamt rund 170 Asylbewerber in mehreren Gebäuden untergebracht.

»Die Täter dürfen nicht ungestraft davon kommen«, so Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) im Kurznachrichtendienst Twitter. Die Bundesvorsitzende der Grünen Simone Peter sprach von einer »neuen, erschreckenden Kategorie des Hasses, die ein schrillendes Alarmsignal sein muss«. Der Kampf gegen den rechten Terror müsse von Bundeskanzlerin Angela Merkel zur Chefsache gemacht werden. *Agenturen/nd*

Justizminister wird Chefankläger

Beschluss des polnischen Parlaments

Warschau. Nach stürmischer Debatte hat das polnische Parlament am späten Donnerstagabend die Zusammenlegung von Justizministerium und Generalstaatsanwaltschaft beschlossen. Für die entsprechende Gesetzesänderung stimmten 236 Abgeordnete bei 209 Gegenstimmen und sieben Enthaltungen. Die nationalkonservative Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (PiS) hat im Parlament die absolute Mehrheit. Am Freitag sollte das Gesetz im Senat, der zweiten Kammer, beraten werden. Rund 60 Gegenanträge der Opposition waren bei der Abstimmung gescheitert. In der Debatte wurde den Nationalkonservativen vorgeworfen, die Unabhängigkeit der Staatsanwaltschaft zu zerstören.

Ausgeweitet wurden am Freitag die Möglichkeiten zur Überwachung der Internetkommunikation. Die mit 56 zu 28 Stimmen verabschiedeten Gesetzesänderungen geben Geheimdiensten und Polizei dauerhaften Zugriff auf eine ganze Reihe von Metadaten – und zwar ohne Zustimmung der Provider und ohne strenge richterliche Kontrolle. *Agenturen/nd* **Seiten 2 und 6**

Teilboykott der Syrien-Konferenz

Genfer Gespräche ohne Oppositionelle

Genf. Die Delegation der syrischen Regierung ist am Freitag zu den von UNO vermittelten Genfer Friedensgesprächen eingetroffen, doch diese stehen unter einem schlechten Stern. Das in Saudi-Arabien beheimatete Bündnis syrischer Oppositions- und Rebellengruppen reiste nicht an. Sie fordern vor Gesprächsbeginn einen Stopp der Angriffe auf Zivilisten und ein Ende der Blockaden von Städten durch die syrische Armee.

Die mit dem syrischen Staatspräsidenten Baschar al-Assad verbündete russische Regierung wiederum lehnt die saudische Allianz unter Verweis auf »Terroristen« in deren Reihen ab. Moskau mahnt an, dass es sich beim Chefunterhändler des Bündnisses, Mohammed Alluch, um den Vertreter der salafistischen Gruppe Armee des Islam handelt. Umstritten ist auch die Teilnahme kurdischer Gruppen an den Genfer Gesprächen. Ankara sieht in ihnen den syrischen Ableger der in der Türkei verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK). Der EU gelten sie als Speerspitze im Kampf gegen den Islamischen Staat im Norden Syriens. *AFP/nd* **Seite 6**

ISSN 0323-4940

